

## **Die Schweiz seit 1989**

Mit dem Ende des Kalten Krieges und den zahlreichen Globalisierungsprozessen veränderten sich die aussenpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schnell und nachhaltig. In wirtschaftlicher Hinsicht reagierte die Schweiz mit ihrem Schwerpunkt bei den Dienstleistungen flexibel und konnte ihre weltweit sehr starke Position auch nach internationalen Konjunkturreinbrüchen und Krisen (1991, 2001, 2008) behaupten.

In der Aussenpolitik nahm die Bedeutung supranationaler Regelungen und Organisationen schnell zu. Im schweizerischen Umfeld zeigte sich dies vor allem beim raschen Ausbau der Europäischen Union (EU, vorher EWG) seit 1992. Sie wuchs seither von damals 12 auf heute 28 Mitgliedsstaaten an.

Die Schweiz weichte unter diesen Umständen ihre strikte Neutralitätspolitik behutsam auf, öffnete sich für einige internationale Initiativen, blieb aber auf Distanz insbesondere zur EU. Die Auseinandersetzungen um die Europapolitik trugen zum schnellen Aufstieg der nationalkonservativen SVP bei, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit Abstand die stärkste Partei wurde. Dieser Entwicklung passte sich die Konkordanzregierung mit ihrer „Zauberformel“ nur mit Schwierigkeiten an.

### **Innenpolitische Verschiebungen**

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 brachte auch in der Schweiz Gewissheiten ins Wanken, die während des Kalten Krieges geherrscht hatten. Sinnbildlich dafür stand die Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative. Diese wurde zwar im Herbst 1989 klar abgelehnt, erzielte aber einen unerwarteten Achtungserfolg. In den folgenden Jahren wurde die Armee zum Gegenstand anhaltender Reformprojekte, welche einerseits die geänderte internationale Lage und andererseits reduzierte Finanzmittel berücksichtigen sollten (Einführung des Zivildiensts, Armee reform 95, Armee XXI, Weiterentwicklung der Armee).

Schon Anfang 1989 hatte der Rücktritt von Elisabeth Kopp, der ersten Frau im Bundesrat, die politische Landschaft erschüttert. Die parlamentarische Untersuchung dieses Falls brachte die „Fichenaffäre“ ans Licht, die behördliche Überwachung von mehreren hunderttausend Personen im Kalten Krieg.

Seit den 1990er-Jahren bürsteten die lange Zeit dominierenden Mitteparteien FDP und CVP fortlaufend Wähleranteile ein. Der Stimmenanteil der SVP stieg dagegen stetig an. Diese rückte mit einem nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Programm stark nach rechts, wo sie die Einthemenparteien (Schweizer Demokraten, Autopartei) aufsaugte/absorbierte.

In den Nationalratswahlen von 2003 wurde die SVP stärkste Partei. Als Folge davon holte sie sich mit Unterstützung der FDP im Dezember 2003 auf Kosten der CVP einen zweiten Sitz im Bundesrat. 2007 besetzte die Bundesversammlung diesen Sitz allerdings mit einer Vertreterin des gemässigten Parteiflügels. Aufgrund der folgenden Ausschlüsse und Austritte aus der SVP entstand als neue Mittepartei die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP).

2011 wurde die Zusammensetzung der Landesregierung aus je zwei Mitgliedern von SP und FDP sowie je einem Mitglied von CVP, SVP und BDP bestätigt. Neben der BDP etablierte sich auch die Grünliberale Partei neu im Parlament, nachdem sich Angehörige des bürgerlich-gemässigten Flügels von den Grünen abgespalten hatten.

Hatte 1999 mit Ruth Dreifuss, der zweiten Bundesrätin überhaupt, erstmals eine Frau das Bundespräsidium inne, so verschob sich danach das Geschlechterverhältnis schnell: 2010–11 ergab sich mit vier Bundesrätinnen vorübergehend sogar eine Frauenmehrheit in der Landesregierung.

## **Strukturwandel und Konjunkturen der Wirtschaft**

Die Industrie hatte die Schweiz im 20. Jahrhundert stark geprägt. Seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre begann eine zeitweise krisenhafte Entindustrialisierung. Fusionen auf nationaler und internationaler Ebene gingen mit Umstrukturierungen und Werkschliessungen, aber auch mit Innovationen (z.B. Swatch) einher.

Im Herbst 2001 ging ein Symbol der Schweizer Wirtschaft unter, die illiquid gewordene Fluggesellschaft Swissair. Sie hatte nur beschränkt am liberalisierten europäischen Luftverkehr teilhaben können und scheiterte mit ihrer Expansionsstrategie. Die mit staatlicher Unterstützung aufgebaute Nachfolgegesellschaft Swiss wurde 2007 der deutschen Lufthansa verkauft.

Während die Industrie an Bedeutung verlor, wuchs der Dienstleistungssektor stark an. Er beschäftigte 2010 fast drei Viertel der Erwerbstätigen. Neben Handel, Gastgewerbe, Verkehr, öffentlicher Verwaltung, Erziehungs- und Gesundheitswesen waren Dienstleistungen für global tätige Konzerne sowie der Finanzplatz von besonderer Bedeutung.

Auch im Finanzbereich führten Krisen und die zunehmende internationale Verflechtung zu Fusionen. Die beiden seit 1998 verbliebenen Schweizer Grossbanken (UBS, Credit Suisse) wurden nicht zuletzt durch den Kauf amerikanischer Banken anfälliger auf Veränderungen in überseeischen Märkten. 2008 musste die UBS durch den Bund und die Nationalbank vor dem Untergang bewahrt werden. Zudem führten fragwürdige Geschäftspraktiken zu Konflikten mit fremden Rechtsordnungen, vor allem hinsichtlich des Bankgeheimnisses. Die Bundesbehörden, die finanziell, diplomatisch und gesetzgeberisch einspringen mussten, legten die Banken 2012 auf eine „Weissgeldstrategie“ fest und versuchten mit bilateralen Abkommen umfassende Lösungen für die Steuerprobleme zu finden.

## **Neue Koordinaten der Aussenpolitik**

In einem wachsenden Spannungsverhältnis zur weltweiten wirtschaftlichen Vernetzung stand die politische und militärische Neutralität der Schweiz, die sie deshalb seit 1989 flexibler handhabte. So nahm die Schweiz auf der Grundlage von UNO-Resolutionen oder Massnahmen der EU an Wirtschaftssanktionen teil (Irak, Syrien, Libyen) und gewährte der NATO Überflugrechte (Bosnienkonflikt, Libyen- und Mali-Einsatz). Seit 1996 ist die Schweiz auch Mitglied der „Partnerschaft für den Frieden“, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1994 von der NATO angeregt wurde. In der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), die aus der KSZE hervorging, hatte die Schweiz 1996 und 2014 den Vorsitz inne.

2002 erfolgte nach einer Volksabstimmung mit knapper befürwortender Mehrheit der Beitritt zur UNO. Bei formal unpolitischen Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO ist die Mitgliedschaft und Mitwirkung innenpolitisch weniger umstritten. Eine Mehrheit der Schweizer zieht bilaterale Abkommen supranationalen Verpflichtungen vor, um den wachsenden Regelungsbedarf in einer globalisierten politischen und wirtschaftlichen Ordnung vorzunehmen.

## **Die Schweiz in Europa**

Als 1992 mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union (EU) entstand, wurden die Schweiz und die anderen EFTA-Staaten eingeladen, in einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an den vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes teilzuhaben: dem uneingeschränkten Waren-, Personen-,

Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Ende 1992 lehnten jedoch Volk und Stände – mit einem knappen Stimmen-, aber einem deutlichen Ständemehr – den EWR ab.

Das Verhältnis zur EU wurde danach einerseits durch bilaterale Abkommen geregelt, andererseits durch den „autonomen Nachvollzug“, die Übernahme derjenigen Teile der EU-Rechtsakte, die für die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt erforderlich sind. Das erste Vertragspaket von 1999, die Bilateralen I, öffnete schrittweise die Arbeitsmärkte (Personenfreizügigkeit), liberalisierte den Land- und den Luftverkehr, beseitigte technische Handelshemmnisse, regelte das öffentliche Beschaffungswesen und vereinfachte den Handel mit bestimmten Agrarprodukten. Ferner diente es der verstärkten Forschungszusammenarbeit. Die Bilateralen II von 2004 dehnten die Zusammenarbeit auf weitere wichtige Bereiche aus, so auf Umwelt, Bildung, Steuern und Statistik sowie auf die Betrugsbekämpfung. Umstritten war einzig die Teilnahme an den Abkommen von Schengen und Dublin, welche die Zusammenarbeit im Sicherheits- und im Asylwesen vertieften. Diese Teilnahme wurde aber 2005 in einer Referendumsabstimmung gutgeheissen und Ende 2008 wirksam.

Volksabstimmungen ergaben ebenfalls Mehrheiten für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf neue Mitglieder der EU und für Beiträge an die Ost-Erweiterung der EU. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung war und ist jedoch gegen einen Beitritt zur EU. Das liegt auch daran, dass die Schweiz die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2007 vergleichsweise gut überstand. Im September 2011 gelang es der Nationalbank, die Aufwertung des Frankens infolge der Euro-Krise zu stoppen, nachdem die Frankenstärke für die Exportindustrie und den Tourismus zur Gefahr geworden war.

In den 1980er-Jahren begann der Ausländeranteil wieder zu steigen, was durch eine sehr zurückhaltende Einbürgerungspolitik und seit 2002 durch die bilateralen Verträge mit der EU begünstigt wurde. Die gute Konjunktorentwicklung beförderte die Einwanderung meist gut qualifizierter Arbeitskräfte aus der EU. Der Ausländeranteil an der Schweizer Wohnbevölkerung betrug 2014 gegen 24%. Auch deswegen ging das schweizerische Stimmvolk in den letzten Jahren mehrfach auf Distanz zu ausländischen Menschen und Institutionen. Es befürwortete intensiv diskutierte Initiativen, die mit dem Völkerrecht oder mit den bilateralen Verträgen mit der EU in Konflikt geraten könnten, so das Minarettverbot (2009), die Ausschaffungsinitiative (2010) oder die 2014 angenommene Masseneinwanderungsinitiative, die den schnell gewachsenen Ausländeranteil drastisch beschränken wollte. Die Ecopop-Initiative, die das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung infolge Zuwanderung auf 0,2 Prozent beschränken wollte, wurde Ende 2014 hingegen klar abgelehnt.